

Interpellation CVP-GLP-Fraktion vom 17. September 2018

## Politische Bildung an St.Galler Schulen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 8. Januar 2019

Die CVP-GLP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 17. September 2018 nach dem Stellenwert der politischen Bildung in der Volksschule. Die Interpellantin bringt ihre Befürchtung zum Ausdruck, dass junge Menschen politisch oft desinteressiert seien und folglich an Wahlen und Abstimmungen nicht partizipieren würden. Als Grund wird eine ungenügende Auseinandersetzung mit dem Thema vermutet. Dadurch leide das Verständnis von Abstimmungsvorlagen, was zu einer dauerhaften Senkung der Stimmbeteiligung führen und somit die Demokratie schwächen könne. Im Rahmen des Erziehungs- und Bildungsauftrags der Volksschule seien deshalb Wissen und Kompetenzen über Politik und insbesondere politische Rechte zu vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler sollen zur Auseinandersetzung mit politischen Themen und der Bildung einer eigenen Meinung befähigt werden.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Befähigung der Heranwachsenden, sich eigene Meinungen zu bilden und diese adäquat einzubringen und somit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ist ein wichtiger Bestandteil der Pflege des Zusammenlebens und der Lebensgestaltung in der Gesellschaft. In Art. 3 des Volksschulgesetzes (sGS 213.1; abgekürzt VSG) ist der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Volksschule festgehalten. Dazu zählt auch die Erziehung der Schülerinnen und Schüler zu verantwortungsbewussten Menschen und Bürgern nach den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit im Rahmen des Rechtsstaats.

Dieser Erziehungs- und Bildungsauftrag wird im Lehrplan Volksschule inhaltlich konkretisiert. Die Inhalte werden in Form von zu erreichenden Kompetenzen beschrieben und verschiedenen Fächern bzw. überfachlichen Bereichen zugeordnet. Die politische Bildung ist im Lehrplan als Bestandteil des Bereichs Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG) auf der Oberstufe integriert, der als eigenständiges Fach unterrichtet wird. Im Vordergrund stehen die Basiskonzepte Demokratie und Menschenrechte, wobei die Behandlung einer Vielzahl an Themen wie Gewaltenteilung, Föderalismus und weiteren vorgeschrieben ist. Zudem bestehen thematische Bezüge zu anderen Fachbereichen wie Ethik, Religionen, Gemeinschaft (ERG) und Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (WAH), die im Lehrplan jeweils ausgedeutet sind. Die Grundlagen zur politischen Bildung werden bereits vorgängig in der Primarschule im Fach Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG) gelegt, wo eine Auseinandersetzung mit der Welt aus verschiedenen Perspektiven stattfindet. Im Vordergrund stehen räumliche, historische, gesellschaftliche und politische Themen. Zu den Kompetenzen gehören unter anderem das Verständnis grundlegender Funktionen öffentlicher Institutionen, das lösungsorientierte Austragen von Konflikten oder die politischen Handlungskompetenzen wie das Einbringen eigener Anliegen z.B. in einem Klassenrat.

Da sich die politische Bildung nicht auf ein Schulfach beschränkt und als eigentliche Werterziehung im Alltag niederschlagen sollte, ist sie zudem im Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) als fächerübergreifendes Thema unter dem Stichwort Politik, Demokratie und Menschenrechte im Lehrplan und somit in verschiedenen Fächern und Kompetenzen verankert. Zudem erwerben die Schülerinnen und Schüler während ihrer ganzen Schulzeit auch überfachliche Kompetenzen, d.h. Wissen und Können, das über die Fachbereiche hinweg für das Lernen in und ausserhalb der Schule eine wichtige Rolle spielt.

Grundsätzlich kann die Abstinenz bei Wahlen und Abstimmungen nicht mit einem fehlenden politischen Interesse gleichgesetzt werden. So kann das Fernbleiben auch Ausdruck von Zufriedenheit mit dem politischen System und einem fehlenden Bedarf an Veränderungen sein. Wie die im Jahr 2018 veröffentlichte Studie «Lebenswelten Ostschweizer Jugendlicher»<sup>1</sup> der Pädagogischen Hochschule St.Gallen zeigt, bezeichnet sich ungefähr je die Hälfte der 1'333 befragten Jugendlichen auf der Sekundarstufe I in den Kantonen St.Gallen und Appenzell Ausserrhoden als politisch interessiert bzw. nicht interessiert (44 bzw. 56 Prozent). Der Anteil derjenigen, die sich wenig oder gar nicht interessiert zeigt, liegt somit zwar etwas höher als bei denjenigen, die stark oder etwas interessiert sind. Von einem allgemeinen politischen Desinteresse kann allerdings nicht gesprochen werden, auch wenn durchaus noch Entwicklungspotenzial besteht.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Regierung unterstützt die Einbindung der politischen Bildung im Rahmen des Lehrplans Volksschule. Damit leistet die Volksschule einen wertvollen Beitrag, damit die Kinder und Jugendlichen grundlegendes Wissen und Können erwerben und vertiefen, um sich in der Welt orientieren, diese verstehen sowie aktiv mitgestalten und in ihr verantwortungsvoll handeln zu können.
- 2./3. Die thematische Angliederung im Fachbereich NMG bzw. im Fach RZG wird durch die Einbettung des Themas Politik, Demokratie, Menschenrechte als fächerübergreifendes Thema unter der Leitidee Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie durch die Einarbeitung der überfachlichen Kompetenzen unterstützt. Dadurch werden in den verschiedensten Bereichen und über die Grenzen des eigentlichen Fachs hinaus die Fertigkeiten und Fähigkeiten wie auch die Wissensbasis zur politischen Bildung geschult, erlernt und vernetzt. In der Summe ergibt sich daraus ein sinn- und wirkungsvolles Gesamtbild.

Ein eigenständiges Schulfach zur politischen Bildung drängt sich aus den genannten Gründen nicht auf und hätte lediglich eine Verschiebung von Inhalten zur Folge, da eine Erhöhung der Lektionenzahl nicht opportun ist. Ebenso würde ein eigenes Schulfach faktisch die gewinnbringende Verwebung der Inhalte und Fertigkeiten aufheben, die im Lehrplan eine wichtige Stellung einnimmt.

4. Die politische Bildung hat im aktuellen Lehrplan, der seit dem 1. August 2017 in Vollzug ist, einen neuen, akzentuierten Stellenwert erhalten und nimmt die Wichtigkeit des Themas bedarfsgerecht auf. Nebst den schulischen Grundlagen über den Lehrplan und die Lehrmittel sind jedoch weitere Faktoren entscheidend. Die Sensibilisierung für politische Fragestellungen, Bürgerpflichten und die Teilhabe am öffentlichen Leben muss begleitend auch in den Familien und der Gemeinschaft stattfinden. Gesellschaftliche Mitgestaltung und Mitverantwortung für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, ist zudem ein wichtiges Ziel der Kinder- und Jugendarbeit, die in der Verantwortung der politischen Gemeinden und auf kantonaler Ebene des Amtes für Soziales liegt.

Über die Schule hinaus existieren verschiedene weitere Möglichkeiten zur Förderung der Kenntnisse und des Interesses bezüglich politischer Vorgänge und Aktivitäten bzw. zur Förderung der politischen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen:

- Bei den zweimal jährlich stattfindenden Jugendsessionen und weiteren Angeboten des Jugendparlamentes der Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden kommen Jugendliche mit politischen Themen und Prozessen in Berührung, tauschen sich mit Politikerinnen und Politikern sowie Fachpersonen aus und können eigene Forderungen erarbeiten und diskutieren.

---

<sup>1</sup> Abrufbar unter [https://blogs.phsg.ch/jugendstudie/files/2018/06/Lebenswelten\\_Ostschweizer\\_Jugendlicher\\_PHSG\\_2018.pdf](https://blogs.phsg.ch/jugendstudie/files/2018/06/Lebenswelten_Ostschweizer_Jugendlicher_PHSG_2018.pdf).

- Es gibt die Möglichkeit verschiedenster Partizipationsgefässe für Kinder und Jugendliche, die auf lokaler Ebene anzusiedeln sind: kommunale Jugendräte, Kinderkonferenzen oder der Einbezug von Kindern und Jugendlichen in kommunale Kinder- und Jugendkommissionen.
- Auf lokaler Ebene können Kinder und Jugendliche in kommunale Fragestellungen, etwa bei Bauprojekten (z.B. von Plätzen und Schulhäusern) oder Situationsanalysen sowie allgemeinen Bedürfnis- und Bedarfsabklärungen, einbezogen werden.
- Jugendliche können sich an der jährlichen Eidgenössischen Jugendsession in Bern sowie weiteren nationalen Partizipationsprojekten (z.B. engage.ch) beteiligen.